

Jänschwalde, 27.10.20

Sehr geehrter Herr Ilgenstein,

mit Verständnis, aber auch großem Bedauern haben wir die Absage des Erörterungstermins zu den Einwendungen im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zur Energie- und Verwertungsanlage (EVA) für Ersatzbrennstoffe am Kraftwerksstandort Jänschwalde zur Kenntnis genommen.

Wir möchten Sie bzw. das Landesumweltamt nun bitten, die Erörterung in Form einer Videokonferenz abzuhalten und nicht – wie in der Pressemitteilung des MLUK vom 22.10.20 angekündigt – als rein schriftliche Konsultation.

Zur Begründung:

Das Vorhaben ist in der Region sehr umstritten und wird von den hierzu befragten Einwohnerinnen und Einwohnern mit großer Mehrheit abgelehnt. Auf Initiative aus der Einwohnerschaft wurden einschlägig Sachverständige damit beauftragt, Stellungnahmen zum Vorhaben zu erarbeiten und stellvertretend für uns am Erörterungstermin teilzunehmen.

Vor diesem Hintergrund wäre es sehr wichtig, dass möglichst viele Einwenderinnen und Einwender die Sachabwägung im gesamten Erörterungstermin mitverfolgen können. In der nun vorgesehenen schriftlichen Konsultation ist das leider nicht der Fall. Auf diese Weise wäre es für interessierte Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich schwieriger, den Abwägungsprozess nachzuvollziehen.

Hinzu kommt: Die LEAG war trotz mehrfacher Anfrage leider nicht bereit, sich den Fragen der Anwohnerinnen und Anwohner zum Projekt auf einer Infoveranstaltung zu stellen. Auch das spräche aus unserer Sicht für die Erörterung per Videokonferenz: Auf diese Weise könnten die – in den Einwendungen dargelegten – Fragen gestellt und beantwortet werden.

Daher bitten wir Sie, von der im Plansicherstellungsgesetz (PlanSiG) verankerten Möglichkeit, die Erörterung als Videokonferenz auszurichten, Gebrauch zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Rosi Tschuck, Hein Dabo, Horst Hanschke

(Gemeindevertreter von Jänschwalde)